



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

5. Ratssitzung vom 8. Juni 2022

189. 2022/119

Postulat von Natascha Wey (SP) und Selina Walgis (Grüne) vom 30.03.2022: Umsetzung sämtlicher Vorschläge der Fachstelle für Gleichstellung zur Ergänzung der Strassenschilder mit weiblichen Vornamen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Natascha Wey (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5176/2022): Am Frauenstreiktag 2019 ist aus der Bevölkerung die Idee entstanden, Frauen und weiblichen historischen Figuren im öffentlichen Raum mehr Sichtbarkeit zu verleihen. Aktivistinnen haben am Frauenstreiktag selber Strassen, die bereits weibliche Vornamen tragen wie zum Beispiel die Ida- oder Martastrasse, mit Informationen zu historischen Persönlichkeiten ergänzt. Der Wunsch war, dass mehr Strassen nach Frauen benannt werden. Jedes Jahr gibt es nur wenige Strassen, die neu benannt werden müssen. Das historische Ungleichgewicht in punkto Benennung ist sehr gross: Von 2500 Strassen und Plätzen in Zürich sind nur 68 Frauen, hingegen 448 Männern gewidmet. Deswegen hat man nach einer Idee gesucht, wie dies schneller umgesetzt werden kann. Die Fachstelle für Gleichstellung hat die Idee aufgenommen und 16 Vorschläge ausgearbeitet, die effektiv umgesetzt werden könnten. Diese Vorschläge wurden der Strassenbenennungskommission unterbreitet. Der Stadtratsbeschluss STRB 2020/212 vom 16. Dezember 2020 hat den Stadtrat über den Entscheid der Strassenbenennungskommission informiert, dass 8 Strassen, die bereits weibliche Vornamen haben, mit Tafeln und Verweisen zu weiblichen, historischen Persönlichkeiten ergänzt werden sollen. Dass nicht alle 16 Vorschläge übernommen wurden, hat die Strassenkommission damit begründet, dass man einen Schilderwald vermeiden möchte und dass es zu teuer würde. Das halten Selina Walgis (Grüne) und ich für kleinlich und nicht nachvollziehbar. Die einzelnen Begründungen zu den abgelehnten Vorschlägen wirken für uns etwas fadenscheinig. Sie sind in der Antwort zur Schriftlichen Anfrage GR Nr. 2021/147 aufgeführt, die die heutige STR Simone Brander und ich eingereicht hatten. So wurde der Vorschlag, die Agnesstrasse nach Königin Agnes von Ungarn zu benennen mit dem Argument abgelehnt, es gäbe keinen Bezug zu Zürich. Das wäre als Argument gültig, wenn nicht gleichzeitig eine neue Strasse nach Robert Stephenson benannt würde. Auch sein Bezug zu Zürich ist minim. Es hat bei den Männern auch Gemeinderäte oder Uniprofessoren, die mit Strassennamen geehrt werden. In dieser Beziehung mussten Frauen historisch offensichtlich mehr leisten. Wir finden auch eine Beethoven- oder Brahmsstrasse, während eine Clara-Schumann-Strasse fehlt. Es liegt einmal mehr der Schluss nahe, dass für Frauen andere Kriterien als für Männer gelten. Wir finden es unverständlich, dass die weiteren Vorschläge, die einfach, unbürokratisch und kostengünstig umgesetzt werden könnten, nicht berücksichtigt wurden. Deswegen bitten wir den Stadtrat und die Strassenbenennungskommission, die noch pendenten Vorschläge rasch umzusetzen.



Derek Richter (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 13. April 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Es geht um das gleiche wie bei Postulat GR Nr. 2019/329, wo ein Park nach Rosa Luxemburg benannt werden soll. Die linksgrüne Zwängerei geht munter weiter. Die Quote, die in diesem Postulat indirekt gefordert wird, stellt den Leistungsausweis für Nichtsköner und Nichtskönerinnen dar. Mit diesem Postulat desavouieren Sie die Strassenbenennungskommission – offen und ehrlich immerhin. Die Fachstelle für Gleichstellung sieht kein Durchkommen im Stadtrat, deswegen wird der Umweg via mehrheitlich ultra-linkem Gemeinderat gemacht. Verzeichnisse von Strassen und Plätzen darf man nicht willkürlich ändern. Sie ziehen national und international grosse Aufwände nach sich, denken Sie an die Navigationssysteme, Kartenproduktionen und so weiter. Solche Umtaufen sind eines westlichen Industrielandes nicht würdig. Es ist eine ideologische Zwängerei und eine konstante Suche nach der Opferrolle. Es erstaunt, dass in der Begründung die zwei Worthülsen Sichtbarkeit und Nachhaltigkeit fehlen. Sichtbarkeit kann man durch Innovation erreichen, durch Entdeckergeist im Sport, im Unternehmertum. Früher hat man dem Fleiss gesagt. Aufmerksamkeit gibt es vor allem in den so genannten MINT-Fächern. Studien wie Soziologie, Germanistik und Genderwissenschaft taugen vielleicht für eine Beamtenlaufbahn, aber sicher für keinen Job in der freien Marktwirtschaft, sprich im ersten Arbeitsmarkt. Die SVP beantragt die Ablehnung.

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): Die FDP stimmt diesem Postulat zu, möchte aber folgende Randbedingungen im Ratsprotokoll haben. Erstens ist die Ottilienstrasse bereits nach der Schriftstellerin Ottilie Wildermuth benannt, da ergibt eine Umwidmung keinen Sinn. Zweitens wird mit einem drohenden Schilderwald argumentiert. Um diesen zu vermeiden, kann die Stadt für die sieben weiteren Tafeln gerne einige überflüssige Halteverbotstafeln abmontieren, zum Beispiel eine der sechzehn an der Strasse Am Wasser.

Patrick Hässig (GLP): Ich habe heute Morgen auf meinem Instagramprofil die Frage gestellt, ob meine Followers dafür sind, dass wir mehr Frauenschilder mit Erklärungstafeln ausrüsten. «Ja», «Nein» oder «Es ist mir egal» waren die Antwortmöglichkeiten. Ich habe 4500 Followerinnen und Follower, dabei sind mehr weiblich als männlich. Die Resultate sind: 26 Prozent sagen «Ja», 37 Prozent sagen «Nein» und weitere 37 Prozent sagen «Es ist mir egal». Wenn man die Reaktionen umsetzen würde, bräuchte es die Erklärungstafeln für Frauenstrassennamen nicht. Selbstverständlich ist dies nicht repräsentativ, es hat mich dennoch interessiert, was die Leute sagen. Wir mussten in der Fraktion nicht lange diskutieren: Wir sind dafür, dass die acht Tafeln mit den Informationen nachgerüstet werden sollen. Wir sind aber auch der Meinung, dass die Diskussion hoffentlich vorbei ist und man zukünftige Strassennamen zu 50 Prozent mit männlichen und 50 Prozent weiblichen Namen benennt – wenn sie überhaupt noch mit Personennamen beschildert werden sollen. Wir lassen Persönlichkeiten vielleicht am besten ganz weg. Die GLP nimmt das Postulat an.



3 / 3

Stefan Urech (SVP): Das Votum war emblematisch für die GLP. Die Leute, die euch folgen und wählen, haben eine andere Vorstellung davon, wie ihr hier abstimmen solltet. Ich möchte meinen Unmut über das veraltete Weltbild von SP, Grünen und FDP kundtun. Ich bin informiert worden, dass das binäre Geschlechtersystem von gestern ist. Wir haben den Diversity-Monat begonnen. Es geht um Konzepte, dass Geschlecht und Gender fluide Systeme sind, die nicht ganz voneinander zu trennen sind. Ihr behauptet, dass all die genannten Männernamen, die bei der Geburt das Geschlecht von einem Arzt zugewiesen erhielten, Männer waren und sich als Männer gefühlt haben. Das ist eine – im Diversity-Monat etwas mutige – Unterstellung, die ihr historisch nicht belegen könnt. Es erstaunt mich, wie je nach Anliegen die gleichen Leute sagen können, Geschlecht und Gender existierten nur im Kopf. Was ist eine Frau, was ist ein Mann? Geht das über die Gefühlsebene, gibt es eine Definition davon? Die gleichen Parteien zählen auf, so viele Plättchen sind Männer und so viele sind Frauen. Diese beiden Theorien gehen nicht auf und widersprechen sich diametral, das wisst ihr selbst. Heute seid ihr auf der Schiene des binären Geschlechtersystems, übermorgen – wenn es darum geht das Personalrecht der Stadt Zürich zu überarbeiten – ist es eine andere.

Selina Walgis (Grüne): Der Vorstoss wurde wahrscheinlich nicht genau gelesen. Es wurde etwas über Quote gesagt, was absolut nichts mit unserem Vorstoss zu tun hat. Interessant finde ich auch, dass die SVP darauf hinweist, dass es keinen Unterschied zwischen Mann und Frau gibt. Mich würde interessieren, wie Sie erklären, dass auf diesen Strassenschildern 448 Männer und 68 Frauen repräsentiert sind. Es ist ein kleines, aber wichtiges Zeichen, das wir setzen wollen. Es geht um einen kleinen Prozentsatz, deswegen ist es uns auch so kleinlich vorgekommen. Es herrscht eine grosse Ungleichheit bei diesen Strassenschildern; auch wenn es nur ein Prozent ist, das wir verbessern können, sollten wir das tun. Diese acht Schilder wollen wir. Die 2500 Franken pro Tafel sind kein Grund, dies nicht umzusetzen.

Das Postulat wird mit 88 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat